

EU-Agrarpolitik durch Umweltschutz stärken

EU-kommissionsnahe Denkfabrik veranstaltet Gipfel zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Pavia Die EU-Agrarpolitik muss weg davon, Landwirten vorzuschreiben, was sie nicht dürfen und hin dazu, ihnen zu sagen, was erreicht werden soll. Das ist das zentrale Ergebnis des Global Food Forums in Pavia. Organisiert hat die Veranstaltung vergangene Woche die Brüsseler Denkfabrik Farm Europe, in der auch zahlreiche ehemals führende Mitarbeiter der EU-Kommission aktiv sind.

Vorgelegt wurde ein Sechs-Punkte-Plan zur Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik, der vorschlägt, den landwirtschaftlichen Betrieben künftig die Wahl zu lassen, ob sie die bestehenden Regelungen oder einen ergebnisorientierten Ansatz wollen. Dafür sollten in Bezug auf das Greening messbare Ziele definiert werden, abgestimmt auf die Kenntnisse und die technologischen Möglichkeiten der Bauern. Die Landwirte sollten dann wählen, ob sie diese Ziele erfüllen oder beim alten System bleiben wollen.

Agrarpolitik braucht eine neue Vision

Der Präsident des Global Food Forums, Mário Guidi, sagte: „Es wird Zeit, dass die EU sich wieder mehr ihrer Landwirtschaft und ihren Bauern zuwendet und nicht bloß einen Scheck ausstellt, wenn der politische Druck zu hoch wird.“ Eine neue Strategie werde dazu beitragen, das Vertrauen in die EU wieder herzustellen und Wachstum zu fördern.

In ihrer Agenda fordern die Forumsteilnehmer einen Schwenk des politischen Fokus auf „dynamische und gezielte ökonomische Strategien“, für die Investitionen in der Wertschöpfungskette im Nahrungsmittelbereich. Die politischen Ziele dürften sich nicht darauf beschränken, nur den Bestand zu wahren. Das sei umso wichtiger, als die Produktivität im EU-Agrarsektor in den vergangenen zehn Jahren um zehn Prozent abgenommen habe.

Bauern vor Volatilität besser schützen

Neben einer vorausschauenden Investitionspolitik halten die Ländervertreter aber auch den stärkeren Schutz der Landwirte vor den Auswirkungen von Marktschwankungen und Klimaeinwirkungen für notwendig. Dazu bedürfe es eines wirksamen Risikomanagements, das die ganze Bandbreite der Agrarlandschaften in der EU berücksichtige.

Einen Fallstrick für den europäischen Nahrungsmittelsektor im globalen Wettbewerb sehen die Vertreter aus Wirtschaft und Politik in der mangelnden Solidarität zwischen den Akteuren der Wertschöpfung. „Eine Reform muss daher zunächst den Vorrang der Gemeinsamen Agrarpolitik über allgemeine Wettbewerbsregeln klarstellen. Mehr Transparenz werde vor allem bei den Preisen und Absatzmengen bei der ersten Stufe der Verarbeitung und auf Verbraucherebene benötigt.“

Klare Orientierung bei Gesundheitsfragen

Auch bei der Debatte zu Ernährungs- und Gesundheitsfragen besteht nach Ansicht des Forums Hand-



Beim Global Food Forum, organisiert durch die der EU-Kommission nahestehende Denkfabrik Farm Europe, ging es um Impulse für die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik.

lungsbedarf. Die Teilnehmer halten es unter anderem für dringend notwendig, die Glaubwürdigkeit der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit zu stärken, den wissenschaftlichen Konsens zu verbessern, um den Verbrauchern eine klare Orientierung zu bieten; zudem sollten Regulierungen auf der Grundlage eindeutiger wissenschaftlicher Belege und nicht aufgrund bloßer Annahmen erlassen werden.

Abschließend warnen die Teilnehmer des Forums davor, die Auswirkungen des Brexit auf den Rest der Gemeinschaft zu unterschätzen. Die meisten der EU-Mitgliedstaaten hätten ein wesentliches Handelsinteresse in Großbritannien, vor allem im Agrarsektor. Unter dem Strich sei mit einem stärkeren Wettbewerb für die EU-27 und großen Herausforderungen insbesondere für den Rindfleischsektor zu rechnen.

Keine Chance für Hülsenfrüchte?

Berlin/Wien Wird die EU den Anbau und Einsatz von Hülsenfrüchten bald nicht mehr fördern? Die deutsche Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen (UFOP) warnte vergangene Woche, dass das bald der Fall sein könnte. Die UFOP erinnerte daran, dass die EU-Kommission plane, im Rahmen verschärfter Auflagen für die Greening-Prämie, den Pflanzenschutz auf ökologischen Vorrangflächen nicht mehr zuzulassen. Dieser sei jedoch für die Ertrags- und Qualitätssicherung im Leguminosenanbau unerlässlich.

Der UFOP-Vorsitzende Wolfgang Vogel hatte bereits im September auf einer Fachtagung in Berlin auf diese Problematik aufmerksam gemacht. Die UFOP verwies nun auf Daten der Agrarmarkt Informations-GmbH

und der deutschen Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, wonach die Landwirte in Deutschland 2015/16 als Reaktion auf die Greening-Anforderungen der EU auf rund 160 400 ha Leguminosen angebaut und insgesamt 450 000 t Erbsen, Ackerbohnen und Süßlupinen geerntet haben. Im selben Wirtschaftsjahr habe die deutsche Mischfutterindustrie rund 88 000 t Hülsenfrüchte verarbeitet; das sei zwar im Vergleich zur eingesetzten Getreidemenge wenig, aber immerhin mehr als doppelt so viel wie im Jahr davor. Für keine andere Futterkomponente seien solch hohe Steigerungsraten verzeichnet worden.

Unterdessen kritisierte die Landwirtschaftskammer Österreich die Pläne der EU-Kommission als „un-

verständlich und inakzeptabel“. Seit Jahren werde von der Landwirtschaft gefordert, mehr für die heimische Eiweißversorgung zu tun. Zudem wolle die Gesellschaft weniger gentechnisch veränderte Sojabohnen aus Übersee sowie mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz. All das leiste der heimische Eiweißpflanzen- und Sojaanbau. Es gebe also viele gute Gründe, Eiweißpflanzen in der Gemeinsamen Agrarpolitik aufzuwerten und sie im Greening als Ökologische Vorrangflächen anzurechnen. Andernfalls würde der Leguminosenanbau regional sehr deutlich zugunsten von Getreide, Mais und Raps zurückgeführt werden; bei diesen Kulturen sei der Pflanzenschutzmitteleinsatz auf die Fläche bezogen allerdings höher als bei Sojabohnen, argumentierte die Kammer. In Österreich wurden 2015 auf 57 000 ha Sojabohnen angebaut.